



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

Entstehung der beruflichen Frauenarbeit

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

recht anschauliches Bild.

Um die Entstehung der beruflichen Frauenarbeit verfolgen zu können, empfiehlt es sich, etwa 150 Jahre zurückzublicken.

In jener Zeit, als 80 und mehr % der Gesamtbevölkerung nicht nur auf dem Lande lebten sondern von der Landwirtschaft, bestand in den Familien der Bevölkerungsmasse, d.h. der Bauern schlechthin, bereits eine sehr weitgehende Arbeitsteilung. Diese innerfamiliäre Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau war die Voraussetzung für die damalige gesamte Gesellschafts- und Staatsordnung. Die ländliche weitgehend uniforme Bevölkerungsmasse war darauf angewiesen, aus dem Ertrag des Bodens nahezu den gesamten lebenswichtigen Bedarf der Familien zu bestreiten. Eine derartige Bindung an die Bodenproduktion setzte einerseits eine weitgehende Differenzierung in der Nutzung von Spezialflächen voraus, andererseits nahezu völligen Verzicht auf Inanspruchnahme von Dienstleistungen anderer Bevölkerungsgruppen. Oblag es auch den Männern, für Instandhaltung der Wohngebäude, Beschaffung des Brenn- und Heizmaterials, der Kienspäne für die Beleuchtung, der Schafwolle und des Flachses für die Fertigung von Kleidung und der Feldfrüchte für die Nahrungsmittelversorgung der Familienangehörigen zu sorgen, so war damit erst eine Seite des Familienarbeitspensums erfüllt. Den Frauen blieb die Verantwortung für die Be- und Verarbeitung der Grundstoffe, welche die Männer zum Wohnhaus zu schaffen hatten. Und nebenher hatten sie die Betreuung der alten Leute, die Beköstigung der Familie, die Bekleidung der Familienmitglieder und möglichst auch noch die Versorgung in Krankheitsfällen neben ihren sonstigen fraulichen Pflichten durchzuführen. Ist es verwunderlich, wenn in jenen Jahrhunderten in vielen Ehen die Frauen mehrfach an "Auszehrung" zu Grunde gingen, so daß die Männer zum 2. oder 3. Male heiraten mußten, um die Familie nicht auch zu Grunde gehen zu lassen? Es besteht wohl kein Zweifel, daß bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts neben der obrigkeitlichen Einflußnahme auf die Zahl der Eheschließungen die Arbeitsüberlastung der Frauen unter den mehr als bescheidenen Wohnverhältnissen mit als Ursache für die geringe Volksvermehrung jener Zeit aufgefaßt werden muß.

Erst mit dem Beginn der Liberalisierungsepoche, welche auch den Landmenschen die persönliche Freiheit und damit Bewegungsfreiheit bescherte, konnte ein gewisser Wandel eintreten. Als die Verkehrsverhältnisse von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an so weit entwickelt waren, daß die ländliche Bevölkerung wirklich in der Lage war, über die Wahl ihres Wohnortes eine freie Entscheidung zu treffen, hatte inzwischen eine derartig explosive Bevölkerungszunahme auf dem Lande stattgefunden - da obrigkeitliche Zustimmung zur Eheschließung weitgehend entfallen war - daß unter dem sich entwickelnden Bevölkerungsüberdruck die Ländlarbeiterlöhne des Jahres 1850 nicht höher waren als 50 Jahre zuvor. 8)

Nun konnten der Bevölkerungsüberdruck und an der Grenze des Existenzminimums liegende Ländlarbeiterlöhne in Verbindung mit der Verkehrerschließung gemeinsam dahin wirken, daß Ländlarbeiterfamilien aus den Ostprovinzen in die westlichen Regionen abwanderten, um hier Arbeit zu suchen und Brot zu verdienen.

8) Vergl. Hamann, H.: Das Lohnproblem im Landbau 1945, Märzheft des weltwirtschaftlichen Archivs (Kiel)

In der Stadt sahen sich die Landfrauen vor völlig veränderten Umweltverhältnissen. Die Haushalte waren auf ein Minimum gegenüber der alten Gewohnheit beschränkt. Häufig standen selten mehr als ein Küchen- und ein Wohnraum zur Verfügung. Die Löhne der Männer waren lange Zeit hindurch deswegen recht bescheiden, weil das Arbeitskräfteangebot recht groß, eine soziale Gesetzgebung und Arbeitnehmerorganisation nicht vorhanden waren, und weil schließlich die Unternehmer von ihrem Standpunkt aus das Ziel verfolgten, durch Lohneinsparungen zur Kapitalbildung und Betriebserweiterung gelangen zu können. Hinzu kam, daß Arbeitslosigkeit als drohendes Gespenst bald eine bekannte Erscheinung in den Arbeiterhaushaltungen wurde.

Unter den städtischen Verhältnissen war es den Frauen versagt, in der bisher üblichen Weise durch Eigenarbeit einen erheblichen Anteil an Leistung zur Deckung des Familienbedarfs beizusteuern. Mit zunehmender Vergewerblichung der Wirtschaft trat der Zwang immer deutlicher in Erscheinung, fraulicherseits einen Beitrag zur Erhöhung des Familieneinkommens und zur Sicherung der Familienexistenz zu leisten. Nicht selten wurden auch unter engsten Wohnverhältnissen Untermieter (Schlafburschen) in Kost und Logie aufgenommen. Nicht selten wurde, als Nähmaschinen ein gängiger Artikel geworden waren, Näharbeiten für Gewerbeunternehmen von den Frauen zur Durchführung im eigenen Küchenraum übernommen.

Charakteristisch für den Beginn fraulicher Erwerbstätigkeit ist das Bemühen der Hausfrauen, zur Existenzsicherung der Familie sich im Haushaltsrahmen mehr haupt- als nebenberuflich gewerblich und doch so zu betätigen, daß die Aufsicht über die Kinder und der Familienzusammenhalt bewältigt werden konnten.

Die von England ausgehende Bewegung der Frauenrechtlerinnen sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Für unsere hier wesentliche Betrachtung kommt es darauf an, einmal zu überblicken, inwieweit durch die in der Frühzeit der Wirtschaftsindustrialisierung bereits vorhandene Erwerbstätigkeit der Frau entwickelt und möglicherweise von Einfluß auf den Geburtenüberschuß gewesen ist.

Wenn wir dieses Problem hier in den Vordergrund stellen, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir es in Ostwestfalen mit einem Raum zu tun haben, in dem das Zentralgebiet um Paderborn und der Südraum dank des ermittelten hohen Geburtenüberschusses, eine Spitzenstellung von so hoher Bedeutung einnimmt, deren Erhaltung auch bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gewährleistet werden sollte.

Um einen entwicklungsgeschichtlich interessanten und aufschlußreichen Überblick unterbreiten zu können, stellen wir einer Übersicht über "Die Frau im deutschen Erwerbsleben seit 1882" die Aufgliederung der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen gegenüber und fügen hinzu, welcher Geburtenüberschuß auf je 1000 der Bevölkerung für das Reichs- oder Bundesgebiet zu den entsprechenden Terminen vorhanden war.

Übersicht 7. Die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit im Deutschen Reich von 1882 bis 1907 und in Nordrhein-Westfalen 1939/1961.

Erwerbspers. in %	: 1882	: 1895	: 1907	: 1939	: 1950	: 1961
d. Gesamtbevölk.	: 41,9	: 42,7	: 45,5	: 45,6	: 43,6	: 45,1
ml. Erwerbspers. in %						
d. ml. Gesamtbevölk.	: 60,4	: 61,0	: 61,1	: 63,8	: 63,9	: 64,0
wbl. Erwerbspers. i. %						
d. wbl. Gesamtbevölk.	: 23,0	: 25,0	: 30,4	: 28,0	: 25,2	: 27,9
wbl. Erwerbspers. i. %						
d. ges. Erwerbspers.	: 29,2	: 29,7	: 33,7	: 31,4	: 30,7	: 32,5
Geburtenübersch. auf je 1000 d. Bevölk. f. Reichs- od. Bundes- geb.	: 11,4	: 13,9	: 14,2	: 8,6	: 6,0	: 6,9

Die hier vorwiegend interessierende Frage nach der Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Frau läßt in Nordrhein-Westfalen gegenüber den Verhältnissen des Reichsgebietes von 1907 **keine** Steigerung erkennen. Es liegt vielmehr beim Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der weiblichen Gesamtbevölkerung im Jahre 1961 ein leichter Rückgang gegenüber 1907 vor. Das gleiche trifft zu für den Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen.

Beachtlich ist aber das Sinken des Geburtenüberschusses von 1939 bis 1961 gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, inwieweit

1. der Faktor der Verlagerung fraulicher Erwerbstätigkeit vom Haushalt in gewerbliche Bereiche
2. der Faktor der Verstärkung und damit verbundenen Verunsicherung der Existenz gegenüber früherer Zeit mit stärkerer Bodenbindung der Familien von mitgestaltendem Einfluß auf die Abnahme des Geburtenüberschusses gewesen sein kann.

Allgemein dürfen wir festhalten, daß die Verlagerung der fraulichen Erwerbstätigkeit vom hauswirtschaftlichen in gewerbliche Bereiche und die Verstädterung gemeinsam negativ auf die Geburtenleistungen und damit Geburtenüberschußleistungen eingewirkt haben und einwirken mußten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß verantwortungsbewußte Frauen vor einer Gewissensfrage stehen, wenn es sich darum handelt, erwerbstätig zu werden oder nicht. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Verstädterung, wo immer sie im Großstadtraum eine weitgehende Vollendung erreicht hat, bevölkerungspolitisch und bevölkerungsökonomisch negativ gewirkt hat und wirkt. Es lohnt sich einmal zu überlegen, und nachzurechnen, inwieweit die Belastung der mittleren Einkommen in der Masse der Bevölkerung durch die Fortschritte der Technik erhöht wird. Wenn auch ganz zweifelsfrei eine Entlastung der Frauen im städtischen Haushalt von vielen schweren oder zeitraubenden Arbeiten eingetreten ist, wenn es auch kaum noch möglich ist, die Arbeitsinanspruchnahme einer Hausfrau aus der Masse der Bevölkerung um 1800 mit dem heutigen Arbeitsanspruch zu vergleichen, der an eine Ehefrau eines gutbesoldeten Städters gestellt wird, so können wir uns immerhin noch vorstellen, wie es einmal ausgesehen haben mag, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie mehr als ausgelastet der Arbeitstag jener Bäuerin aussieht, die mit 4 Kindern und 1 Opa dasteht ohne fremde Hilfe, weil der Mann auf dem 15-ha-Hof in der schlechten Klimalage gezwungen ist, als Hilfsarbeiter in der Stadt zu wirken.

Um so höher ist die Verhaltensweise der ländlichen Familien im Kernraum Ostwestfalens zu würdigen, deren Geburtenüberschüsse in den Kreisen Büren, Paderborn, Arnsberg, Meschede, Olpe, Siegen, Wittgenstein und Beckum an den Leistungsstand von 1882 heranreichen oder über ihn hinausragen.

Dieser ostwestfälische Kernraum, dessen Geburtenüberschuß das Landesmittel um 57 % übertrifft, ist ausgezeichnet durch 2 Faktoren, von denen wir erfahren haben, daß sie geburtenleistungsfördernd zu wirken vermögen. Es handelt sich einmal darum, daß viele kleine Gemeinden vorhanden sind, daß kleine Gemeinden dank der besonderen familienpolitisch wichtigen Lebensmöglichkeiten bevölkerungsökonomisch überdurchschnittliche Leistungen fördern, und daß wir es mit einer im Grunde gesunden leistungswilligen landwirtschaftlichen Bevölkerung zu tun haben. Es ist nur eine überfällige Feststellung, wenn wir

festhalten: Aus bevölkerungsökonomischer Landessicht kommt der Erhaltung Ostwestfalens als Rückgrat für die Bevölkerungsbestandszunahme entscheidende landespolitische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang darf nicht die Bedeutung der Bildungsökonomik übersehen werden. Ganz besonders gilt das für die Gebiete, in denen die Bevölkerung eindeutig unter Beweis gestellt hat, daß sie noch nicht von den großstädtischen Unsitten im ehelichen Bereich zu stark angekränkelt ist. Wo immer in gesunden Räumen die Ehepaare eine Chance wissen, den Kindern nach ihrem Ermessen dereinst einen guten Weg ins Leben ebnen zu können, weil sie die Bildungsmöglichkeiten für günstig ansehen, pflegen sie unter sonst existenzsicheren Voraussetzungen sinnvoll zu handeln und sich ihrer gewollten Kinder zu erfreuen.

Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes-Raum-Problems.

Vom Bildungsnotstand zu sprechen besteht gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen allgemein kein echter Anlaß mehr. Seit Beginn der Amtsführung von Prof. Mikat als Kultusminister ist in schulpolitischer Beziehung nicht nur Erhebliches getan sondern auch für die Zukunft zielgerecht ausgerichtet worden. Sollen einige vom ländlichen Raum her besonders positive Maßnahmen angeführt werden, so sind die Fach-Gymnasien an erster Stelle zu erwähnen. Mit ihrer Begründung wird ein Jahrzehnte hindurch fühlbares Vakuum geschlossen. Nun ist auch für die dörfliche vorwärtsstrebende Jugend verständiger Eltern die Chance geboten, von der Mittel- oder gleichwertiger Schulvorbildung aus auf einem gangbaren Wege einer Reifeprüfung zuzustreben, die den Zugang zu einem akademischen Beruf eröffnet. Es ist zu vermuten, daß diese so wertvolle Erweiterung des ersten Bildungsweges in absehbarer Zeit dem zweiten Bildungsweg einen beträchtlichen und sicherlich nicht den qualitativ schlechteren Teil der Bewerber entziehen wird. Die Fachgymnasien geben die bedeutsame Chance, ohne vorhergehenden Zeitverlust innerhalb der praktischen Berufsausbildung ein erstrebenswertes Bildungsziel zu erreichen.